



**Umweltinstitut
München e.V.**

JAHRES- & TRANSPARENZBERICHT

UNSER JAHR 2022

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL 3

ÜBER UNS 4



RADIOAKTIVITÄT

Atomkraftwerke im Krieg 7

Unser Messprogramm 8

Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke 9



ENERGIE UND KLIMA

„Deutschland braucht eine 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung“ 11

Energiesparen 13

Klimawende von unten 14

Wasserstoff: Nein zu fossilem „Weiter so!“ 16

Taxonomie: (K)Ein Ökolabel für Atom und Gas 17



LANDWIRTSCHAFT

Pestizidprozess: Sieg für die Meinungsfreiheit 19

Pestizideinsätze offenlegen! 22

Erfolg von „Bienen und Bauern retten!“ 24

Untersuchung in Brandenburg:
Pestizide belasten Schutzgebiete 25

NRW: Kein Gift in Insektenschutzgebieten 26
Stop Gene Drives!

Patente auf Saatgut stoppen! 27

Weitere Tätigkeitsbereiche 28

Ökolandbau erleben und verstehen 29



WELT UND HANDEL

Wir kämpfen gegen Einschüchterungsklagen 31

Deutschland steigt aus dem Energiecharta-Vertrag aus 32

„Unter diesen Umständen hätte CETA niemals ratifiziert werden dürfen“ 34

Werden Sie zum Slow-Fashion-Profi! 36

Das Jahr 2022 in Zahlen 38

Impressum 46

EDITORIAL

Liebe Leser:innen,

Russlands Krieg in der Ukraine, Energiekrise und Inflation in Deutschland. Wer dachte, dass es nach zwei Jahren Pandemie 2022 endlich wieder Zeit für gute Nachrichten war, wurde schnell eines Besseren belehrt.

Auch für den Umweltschutz war das vergangene Jahr kein gutes. Die Agrarindustrie und ihre Lobby nutzten den Krieg, um mit unbegründeten Ängsten vor Nahrungsgespässen gegen längst überfällige ökologische Maßnahmen wie die Reduzierung des Pestizideinsatzes Stimmung zu machen. Die Bundesregierung setzte auf alte Braunkohlekraftwerke und die Einfuhr von klimaschädlichem Flüssiggas, statt mit voller Kraft die Erneuerbaren auszubauen und die Industrie zum Energiesparen zu verpflichten.

Doch wir konnten 2022 auch einige wertvolle Siege erringen: Wir wurden im Südtiroler Pestizidprozess freigesprochen. Viele von Ihnen haben mehr als zwei Jahre lang mit uns gefiebert. Im Mai 2022 war es endlich soweit: Die Meinungsfreiheit hat auf ganzer Linie gesiegt!

Im Oktober bestätigte die EU-Kommission offiziell, dass unsere Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“ erfolgreich war – als erst siebte Initiative überhaupt. Auch die Pandemie, die uns das Sammeln der Unterschriften erheblich erschwert hatte, konnte unser Bündnis nicht aufhalten.

Im Dezember ist die Bundesregierung aus dem Energiecharta-Vertrag ausgestiegen – ein historisches Moment, das nichts weniger als das Ende des Investitionsschutzes für fossile Energien einläutet. Jahrelang hatten wir beim Umweltinstitut in vorderster Reihe mit Unterschriftenaktionen, Rechtsgutachten und Abgeordnetengesprächen auf einen Austritt der Bundesregierung aus dem Klimakiller-Vertrag hingearbeitet.

Mehr zu diesen Erfolgen und unserem weiteren Einsatz für eine ökologische Landwirtschaft ohne Pestizide und eine 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und möchte mich an dieser Stelle herzlich bei unseren Spender:innen und Fördermitgliedern bedanken. Ohne Sie wäre unsere Arbeit nicht möglich!

Fabian Holzheid
Politischer Geschäftsführer

ÜBER UNS

Seit mehr als 35 Jahren kämpft das Umweltinstitut für eine artenreiche und vielfältige Umwelt, in der alle ein gutes Leben führen können.

Nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl zieht eine radioaktive Wolke bis nach Deutschland. Statt die Bevölkerung umfassend zu informieren, vertuschen und verharmlosen die deutschen Behörden die Gefahr. Eine Gruppe engagierter Bürger:innen und Wissenschaftler:innen will das nicht hinnehmen und beginnt, selbst unabhängige Messungen der radioaktiven Belastung durchzuführen. Im Juli 1986 gründen sie das Umweltinstitut München.

Aus der lokalen Initiative ist eine professionelle Umweltorganisation geworden, die sich erfolgreich in die deutsche und europäische Umweltpolitik einmischt. Wir gehen den Dingen auf den Grund. Wir informieren auf der Basis unabhängiger Messungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse. Wir ermutigen Menschen, sich mit uns gemeinsam stark zu machen für zukunftsweisende Veränderungen.

Unabhängig – kritisch – engagiert

Neben den Gründungsthemen Radioaktivität und Atomkraft kämpfen wir dafür, das Artensterben und die Klimakrise einzudämmen. Unser Ziel: die Agrarwende hin zu 100 Prozent ökologischer Landwirtschaft sowie die Energiewende hin zu einer vollständig regenerativen Energiegewinnung.

Unsere Unabhängigkeit hat für uns oberste Priorität: Zum größten Teil finanzieren wir uns aus den Beiträgen unserer rund 12.000 Fördermitglieder und unserer Spender:innen. Hinzu kommen Stiftungszuwendungen für einige Projekte sowie ein kleiner Anteil an Fördermitteln. Es sind viele kleine Beiträge, die es uns ermöglichen, nachzuforschen, nachzubohren, Protest zu organisieren und so lange am Ball zu bleiben, bis wir die Politik in Berlin und Brüssel immer wieder ein kleines Stück in die richtige Richtung bewegen können.

GEGRÜNDET

Seit 1986 gehen wir der Umweltbelastung auf den Grund und organisieren Kampagnen und Projekte für mehr Umwelt- und Klimaschutz.

UNSER ZIEL

100% Ökolandbau ohne Pestizide und Massentierhaltung und eine zu 100% erneuerbare Energieversorgung.

UNABHÄNGIG

Menschen wie Sie ermöglichen mit Ihren Spenden und Förderbeiträgen unsere Arbeit – unabhängig von Politik und Wirtschaft.

NEUE WEBSEITE DES UMWELTINSTITUTS

Im vergangenen Jahr haben wir mit Hochdruck daran gearbeitet, unsere Webseite, E-Mail-Systeme und Datenverwaltungen zu modernisieren. Nun ist der größte Teil geschafft und seit November 2022 ist unsere neue Homepage online:

Unter www.umweltinstitut.org finden Sie alle Informationen zu unserer Arbeit, unsere Online-Aktionen sowie ausführliche Hintergrundseiten zu unseren Themen Radioaktivität, Energie und Klima, Landwirtschaft sowie Welt und Handel.





RADIOAKTIVITÄT

Im Jahr 2022 befanden sich erstmals in der Geschichte Atomkraftwerke in einem aktiven Kriegsgebiet. Damit wurde ein Schreckensszenario Wirklichkeit, vor dem die Anti-Atom-Bewegung schon immer gewarnt hat. Um die Bevölkerung frühzeitig über mögliche Gefahren zu informieren, veröffentlichten wir auf unserer Homepage mehrmals täglich die Ergebnisse unserer Außenluft-Messungen und lieferten kontinuierlich eine Einschätzung der nuklearen Gefahrenlage. Zudem mobilisierten wir gegen die Laufzeitverlängerung der maroden deutschen Atomkraftwerke durch öffentlichkeitswirksame Demonstrationen und Aktionen.



ATOMKRAFTWERKE IM KRIEG: EIN UNKALKULIERBARES RISIKO

Kämpfe in der Tschernobyl-Sperrzone, das größte Atomkraftwerk Europas Saporischschja unter Beschuss, Menschen, die einen menschlichen Schutzschild zum nahegelegenen AKW bilden – die Schreckensnachrichten aus der Ukraine zeigten 2022 deutlich: Die Risiken der Atomkraft sind nicht beherrschbar. Und nicht nur technisches oder menschliches Versagen bedrohen die nukleare Sicherheit, sondern auch äußere Einflüsse wie Umweltkatastrophen.

Das Umweltinstitut gründete sich 1986 nach dem Atom-GAU in Tschernobyl – als unabhängige Messstelle für radioaktive Belastung. Auch in 1.000 Kilometern Abstand von Tschernobyl bekamen wir das Ausmaß der radioaktiven Kontamination deutlich zu spüren. Bis heute müssen zahlreiche in Südbayern erlegte Wildschweine wegen zu hoher Strahlung entsorgt werden. Auch Waldpilze sind 36 Jahre nach der Atomkatastrophe teils noch immer nicht für den Verzehr geeignet.

Die Entwicklungen in der Ukraine zeigen, dass unser Engagement in den letzten 35 Jahren nichts von seiner Wichtigkeit verloren hat.

Die Entscheidung, unser Messprogramm auch nach dem Atomausstieg Deutschlands fortzuführen, war zwar längst gefallen. Der Krieg in der Ukraine – und der Wunsch aus der Bevölkerung nach unseren unabhängigen Informationen – hat uns darin allerdings nochmals bestätigt. Wir beobachteten die besorgniserregenden Entwicklungen rund um Tschernobyl und Saporischschja 2022 genau, informierten fortlaufend und stellten zusätzlich zu unseren Messwerten Wetterinformationen bereit. Über mehrere Wochen hinweg stellten wir mehrmals täglich aktuelle Messwerte zur Verfügung. Über einen Anstieg der Radioaktivität in der Außenluft – der glücklicherweise bislang nicht eintrat – hätten wir im Ernstfall umgehend informiert.



UNSER MESSPROGRAMM

Seit der Tschernobyl-Katastrophe führen wir unabhängige und fachkundige Messungen der radioaktiven Belastung von Lebensmitteln und der Außenluft durch. Als zivilgesellschaftliches Institut ist es uns wichtig, Informationen von Behörden und Nuklearindustrie unabhängig beurteilen zu können.

Die Ergebnisse unserer Außenluft-Messungen veröffentlichen wir einmal pro Werktag auf unserer Homepage. Sollte sich – wie im vergangenen Jahr oder nach der Katastrophe in Fukushima – eine Gefährdungssituation ergeben, aktualisieren wir die Grafik mehrmals täglich und informieren über unsere Informationskanäle.

Darüber hinaus bieten wir nuklidspezifische gammaspektroskopische Messungen von künstlicher Radioaktivität in Lebensmitteln oder anderen Umweltproben an. Auch 2022 machten zahlreiche Bürger:innen von unserem kostenlosen Angebot Gebrauch, Lebensmittelproben testen zu lassen. In Einzelfällen wurde in vergangenen Jahren bei diesen Stichproben der geltende EU-Grenzwert stark überschritten. Zudem führten wir für Forschungsprojekte Sondermessungen durch.

Die Ergebnisse unserer Messungen finden Sie auf unserer [Homepage](#)



NEUES GAMMASPEKTROMETER

Das Herzstück unseres Messprogramms, das Gammaskpektrometer, erlitt Anfang des Jahres nach mehr als 15 Jahren Dauereinsatz einen irreparablen elektronischen Defekt. Ohne dieses Gerät war es uns nicht möglich, die radioaktive Belastung von Lebensmitteln zu untersuchen. Vielen Dank an die zahlreichen Spender:innen und Fördermitglieder, die uns umgehend dabei unterstützt haben, ein neues Gerät anzuschaffen!

Ausgestattet mit neuester Technik sind wir nun weiterhin in der Lage, unser Messprogramm fortzuführen.

LAUFZEITVERLÄNGERUNG DER DEUTSCHEN ATOMKRAFTWERKE: EINE SCHEINDEBATTE

Ende 2022 sollten die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz gehen. So hatte es eine überwältigende Mehrheit im Bundestag 2011 nach der Fukushima-Katastrophe beschlossen. Doch durch die Energiekrise, die Russlands Krieg in der Ukraine auslöste, wurden Stimmen aus Union, FDP und AfD laut, die eine Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke forderten. Manche grüne Politiker:innen signalisierten Kompromissbereitschaft. Bundeskanzler Olaf Scholz hüllte sich in Schweigen.

Statt Abschaltfeste zu feiern, informierten wir 2022 daher über die Risiken einer Laufzeitverlängerung und machten dagegen mobil. Denn an den grundlegenden Sicherheits- und Entsorgungsproblemen der Atomkraft hat auch die Energiekrise nichts geändert. Im Gegenteil: Die Atommüllproblematik ist nach wie vor ungelöst, ein sicheres Endlager existiert nicht. Die 2022 noch betriebenen AKW sind technisch veraltet, zudem wurden Sicherheitsprüfungen aufgeschoben.

Gleichzeitig ist der Nutzen begrenzt: AKW erzeugen ausschließlich Strom und keine nutzbare (Fern-)Wärme. Außerdem sind sie ausgesprochen träge und können daher kaum Erdgas ersetzen. Denn fossiles Gas wird hauptsächlich zum Heizen verbrannt oder als Grundstoff in der Industrie eingesetzt. Nur ein Bruchteil wird für die Stromproduktion genutzt. Veraltete AKW für eine geringe Menge zusätzlichen Stroms am Laufen zu halten, kann das Risiko eines schweren Atomunfalls nicht aufwiegen – nichts kann das.

Auch der so genannte Stressest der Übertragungsnetzbetreiber, den das Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hatte, konnte das zentrale Argument der Versorgungssicherheit widerlegen. Nichtsdestotrotz beschloss die Ampel-Regierung eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke bis April 2023. Erst am 15. April 2023 konnten wir das Ende der Atomenergie in Deutschland endgültig feiern.

FORSCHUNGSREAKTOR FRM II

Im Forschungsreaktor FRM II in Garching wird hoch angereichertes Uran eingesetzt. Im schlimmsten Fall könnte dieser Stoff zum Bau von Atombomben missbraucht werden. Das Umweltinstitut engagierte sich deshalb bereits lange vor der Inbetriebnahme im Jahr 2004 dagegen. Infolge der Proteste enthält die Betriebsgenehmigung zwar eine Pflicht zur Umrüstung auf niedriger angereichertes Uran bis 2010, diese wurde aber bisher verschleppt. Im Jahr 2022 kündigte die Technische Universität München, die den FRM II betreibt, einen Durchbruch bei der Umrüstung an. Einen echten Grund zum Jubeln sehen wir aber nicht, denn es handelt sich lediglich um Fortschritte in der Simulationssoftware für den Reaktorkern. Ob die technische Umrüstung tatsächlich funktioniert, wird sich erst im nächsten Jahrzehnt herausstellen.

ENERGIE UND KLIMA

Wir müssen endlich raus aus den fossilen Energien.

Doch das gelingt nur, wenn wir unseren Energieverbrauch drastisch reduzieren. Daher haben wir im vergangenen Jahr unsere Kampagne zu mehr Energieeffizienz in der Industrie gestartet. Außerdem unterstützte das „Klimawende von unten“-Team 2022 mehr Initiativen denn je, die ihre Städte oder Gemeinden mit Hilfe von Bürgerbegehren zu mehr erneuerbaren Energien verpflichten wollen. Auf den folgenden Seiten erfahren Sie alles zu diesen Kampagnen und unserem weiteren Einsatz für eine nachhaltige Energiewende.



”

Deutschland braucht eine 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung.

“

Der Krieg in der Ukraine machte das Problem der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen überdeutlich. Anfang 2022 war Russland noch einer der wichtigsten Lieferanten für fossile Energie: 55 Prozent des fossilen Gases, 45 Prozent der Kohle und 40 Prozent des Rohöls kamen aus Russland. Unsere Referent:innen für Energiepolitik Franziska Buch und Kasimir Buhr ordnen die Auswirkungen des Krieges auf die deutsche Energiepolitik ein und legen dar, wie die Energiewende in Deutschland gelingen kann.

Um die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren, wurde der Atomausstieg ins Jahr 2023 verlegt, Kohlekraftwerke bleiben länger am Netz und es werden neue LNG-Terminals geplant, an denen Tankschiffe mit Flüssiggas anlegen können. Wie sinnvoll sind diese Maßnahmen und was bedeuten sie fürs Klima?

Franziska Buch: Die Entscheidung der Bundesregierung, Atom- und Kohlekraftwerke länger laufen zu lassen, war ein Fehler. Die Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim 2 waren veraltet, die letzte Sicherheitsprüfung fand 2009 statt. Dieses Risiko stand in keinem Verhältnis zu dem Nutzen, fünf zusätzliche Terawattstunden Strom zu erzeugen. Die Braunkohlekraftwerke im Rheinischen Revier werden bis 2030 noch bis zu 350 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen. Wesentlich sinnvoller wäre schnelles Handeln bei der Energieeffizienz und das Schaffen von günstigeren Marktbedingungen für erneuerbare Energien.

Kasimir Buhr: Der Aufbau neuer Infrastruktur für Flüssiggas („Liquefied Natural Gas“, kurz LNG) ist ebenso fatal und mit unseren Klimazielen unvereinbar. Das Problem: Diese neuen Anlagen helfen uns kurzfristig nicht weiter – sie müssen ja erst noch gebaut werden –, werden aber Jahrzehnte laufen. Damit wird die Nutzung von fossilem Gas festgeschrie-

ben. Dabei müsste Deutschland schon in den 2030er-Jahren klimaneutral werden, um den Vertrag von Paris einzuhalten.

Dass das Wirtschaftsministerium behauptet, die LNG-Terminals seien „Wasserstoff-ready“, ist irreführend. Eine Umrüstung für flüssigen Wasserstoff würde einen teuren Teil-Neubau bedeuten – unter „ready“ verstehen die meisten Menschen etwas anderes.

Kann Wasserstoff denn helfen?

KB: Der Einsatz von Wasserstoff als Energiespeicher und Rohstoff ist derzeit mit großen Hoffnungen verbunden. Nachhaltig ist Wasserstoff allerdings nur, wenn er mit Ökostrom aus Wasser hergestellt wird – so genannter grüner Wasserstoff. In der Industrie wird er aber meistens noch aus fossilem Gas oder Kohle hergestellt. Dabei entsteht neben Wasserstoff auch CO₂, das in den Boden gepresst werden soll. Für das Klima ist diese Technik trotzdem hochgefährlich, denn es werden weiter große Mengen an CO₂ und Methan freigesetzt. Wenn Heizungshersteller, Gas-Konzerne und Auto-Hersteller jetzt versprechen, alle ihre Produkte in Zukunft mit Wasserstoff zu betreiben, ist das ein leeres Versprechen. So viel grünen Wasserstoff wird es nie geben.



Auf was sollte die Bundesregierung stattdessen setzen?

FB: Deutschland braucht eine 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung. Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und dem so genannten Osterpaket wurden dahingehend einige vielversprechende Weichen gestellt, gerade im Bereich der Solarenergie. Einige der Forderungen unserer Solar-Kampagne wurden übernommen, so zum Beispiel die Abschaffung des „atmenden Deckels“, der die Vergütung verringert, je mehr Menschen sich für den Bau von Solaranlagen motivieren, und eine Erhöhung der Vergütungssätze für kleine Photovoltaikanlagen. Die Bürgerenergie wird stärker gefördert, außerdem sind einige bürokratische Hürden weggefallen und die Nutzung von Balkonkraftwerken wurde vereinfacht. Was wir jetzt dringend noch brauchen: eine Solarpflicht für Neubauten und Sanierungen, verbindliche Naturschutzkriterien bei Freiflächen-Solaranlagen, noch bessere Bedingungen für Mieterstrom und Energy Sharing.

KB: Windstrom ist schon heute eine der wichtigsten Stromquellen in Deutschland. Und es gäbe noch einiges an Potential, das wir dringend heben müssen, um Deutschland erneuerbar mit Energie zu versorgen. Leider wurde der Ausbau in den vergangenen Jahren ausgebremst – unter anderem durch überzogene Abstandsregeln. Besonders absurd ist die Situation in Bayern: Während Ministerpräsident Söder und Wirtschafts- und Energieminister Aiwanger Verkehr und Industrie Wasserstoff versprechen, blockieren sie den Windstrom, der für die Herstellung von Wasserstoff nötig wäre. Die bayerische Regierung hält immer noch an der Abstandsregelung „10H“ fest. 2014 haben Aiwanger und Söder den Ausbau der Stromtrassen nach Norddeutschland verzögert. Dabei wären die für die Versorgung mit Windstrom aus dem Norden wichtig gewesen.

Was muss in Deutschland noch passieren, damit die Energiewende gelingen kann?

FB: Deutschland muss nicht nur konsequent auf erneuerbare Energien setzen, sondern gleichzeitig vor allem Energie sparen. Die Bürger:innen haben in den vergangenen Monaten viel gespart, doch bei der Industrie gibt es noch Luft nach oben.

Um die Bedeutung der Energieeffizienz klarzumachen, hier ein paar Zahlen: Allein durch den flächen-deckenden Einsatz von LED-Beleuchtung in ganz Deutschland könnten jährlich 40 Terawattstunden weniger Strom verbraucht werden. Zum Vergleich: Der Streckbetrieb der Atomkraftwerke hat eine Strommenge von nur etwa fünf Terawattstunden gebracht, die beiden großen Braunkohlekraftwerke im Rheinischen Revier erzeugen bis 2030 im Schnitt gemeinsam noch 25 Terawattstunden Strom pro Jahr. Alleine durch technische Dämmungen in der Industrie könnte so viel Energie eingespart werden, dass Deutschland auf die Hälfte des bisher aus Russland importierten Gases verzichten könnte. Der ohnehin überdimensionierte Import von klimaschädlichem verflüssigtem Erdgas wäre nicht nötig. Hier muss die Bundesregierung die Industrie dringend in die Verantwortung nehmen.



Franziska Buch
Referentin für Energie- und Klimapolitik



Kasimir Buhr
Referent für Energie- und Klimapolitik

ENERGIESPAREN: SCHLUMMERNDEN POTENZIAL FÜR DIE ENERGIEWENDE

Die grünste Kilowattstunde ist die, die gar nicht erst erzeugt werden muss. Doch wenn es um die Energiewende geht, spielt das Thema Energiesparen bisher kaum eine Rolle. Zwar sind Windräder und Solarzellen umweltfreundlicher als Kohlekraftwerke, aber auch sie verbrauchen wertvolle Ressourcen und Flächen. Daher können nicht unbegrenzt neue Anlagen gebaut werden.

Den Rahmen für die nötigen Veränderungen muss die Politik setzen – und sie muss vor allem die Industrie zu mehr Sparsamkeit verpflichten. Schließlich verbraucht diese mit knapp 30 Prozent des deutschen Endenergiebedarfs genau so viel wie alle privaten Haushalte zusammen.

Deshalb haben wir Ende des Jahres eine Kampagne gestartet, mit der wir die Industrie in die Verantwortung nehmen möchten. Damit das geplante Energieeffizienzgesetz der Bundesregierung das schlummernde Potential für die Energiewende tatsächlich hebt, haben wir den Gesetzesentwurf genau studiert und Hintergrundgespräche mit zahlreichen Expert:innen und Politiker:innen geführt. Einige unserer Vorschläge haben Eingang in das Gesetz gefunden und es etwas ambitionierter gemacht. Insgesamt enttäuscht das Gesetz, das voraussichtlich im September endgültig verabschiedet wird, jedoch und wir werden uns weiter mit Lobby- und Vernetzungsarbeit dafür einsetzen, dass die Industrie konsequent Energie sparen muss.

Viele Menschen möchten auch im privaten Bereich aktiv werden und Strom einsparen oder selbst erneuerbar produzieren. In unserem Infopaket haben

wir die wichtigsten Infos für interessierte Menschen zusammengefasst: Neben unseren beliebten Aufklebern enthält das Paket den Flyer „Einfach Strom sparen“ mit Tipps, wie man den Stromverbrauch im Haushalt senken kann. Das Infoblatt „Solarstrom selber machen“ erklärt, wie ein Balkonsolarmodul bei der persönlichen Energiewende helfen kann. Das Infopaket können Sie kostenlos [hier](#) bestellen.

Weitere Tipps und Informationen zum Thema Energiesparen finden Sie außerdem auf unserer [Themenseite](#).

Ob sich für Sie die Installation einer Solaranlage lohnt, können Sie in unserer Tabelle zur Wirtschaftlichkeit von Solaranlagen nachlesen.

[→ Zur Tabelle](#)



WIR NEHMEN DIE KLIMAWENDE SELBST IN DIE HAND



Die Klimakrise zeigt uns deutlich: Wir müssen die Treibhausgas-Emission sofort drastisch reduzieren – und wir brauchen die Energiewende hin zu 100 Prozent erneuerbarer Energie. Mit Bürgerbegehren können wir erreichen, dass in Städten und Gemeinden mehr Solar- und Windkraftanlagen gebaut werden, die Wärmeversorgung auf erneuerbare Energiequellen umgestellt wird, der öffentliche Nahverkehr verbessert und Fahrradwege ausgebaut werden. Unser Projekt „Klimawende von unten“ unterstützt seit mittlerweile vier Jahren lokale Initiativen in Deutschland, die genau das erreichen wollen.

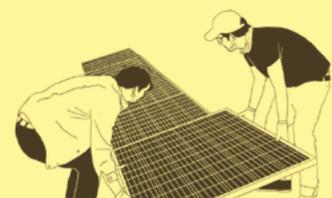
Aktuell berät unser Team knapp 30 lokale Gruppen. 2022 ist in Rudolstadt der zweite Solarentscheid Deutschlands gestartet, in Potsdam wurden unter dem

Motto „Tschüss Erdgas“ tausende Unterschriften gesammelt und in Flensburg übernahm der Stadtrat einstimmig die Forderungen des Klimabegehrens. Diese Erfolge zeigen: Direkte Demokratie führt nicht nur zu Einsparungen großer Mengen an Treibhausgasen, sondern sendet auch klare Signale an die Politik: Energiewende geht eben doch!

Um den Gruppen den Einstieg zu erleichtern, recherchieren wir nun schon vor der ersten Beratung die kommunalen Versorgungseinrichtungen und Rahmenbedingungen. Mit diesen Ergebnissen gehen wir proaktiv auf Initiativen oder Einzelpersonen zu und konnten auf diese Weise zahlreiche Klimakampagnen ins Leben rufen: 2022 gab es 50 Prozent mehr Bürgerbegehrenskampagnen als 2021, unsere laufenden Beratungen vervielfachten sich sogar.

Darüber hinaus veranstalteten wir im vergangenen Jahr Online-Seminare, um unsere Erfahrungen mit Interessierten aus ganz Deutschland zu teilen, und organisierten die erste „Klimawende von unten“-Konferenz sowie Vernetzungs-Treffen zwischen verschiedenen Initiativen. So konnten wir zusammen mit externen Referent:innen den Teilnehmenden das nötige Know-how mit an die Hand geben, um Klimaschutz kommunal zu gestalten. Die Erfahrungen und Ergebnisse aus dem Jahr 2022 bestärken uns, gemeinsam mit motivierten Menschen in ganz Deutschland 2023 neue ambitionierte Ziele zu erreichen.

→ www.klimawende.org



DIE „KLIMAWENDE VON UNTEN“-KONFERENZ

Im Juni 2022 fand die erste „Klimawende von unten“-Konferenz bei Kassel statt. Drei Tage lang tauschten 85 Aktive in interaktiven Formaten und Workshops Ideen, Inhalte und Erfahrungen aus. Neben Workshops zu Themen der direkten Demokratie, Energiewende oder Fundraising war Platz für kritische Perspektiven und Themen wie Intersektionalität und globale Gerechtigkeit.

Durch die Konferenz konnte die Ökostrom-Kampagne in Magdeburg reaktiviert und der Solarentscheid Kraichtal neu initiiert werden. Außerdem haben wir im „Open Space“ neue Ideen entwickelt und durch das Feedback der Teilnehmenden konnten wir unsere Beratungen und zukünftigen Veranstaltungen verbessern. Die Konferenz hat uns allen Kraft und Motivation gegeben und war ein großer Erfolg.



WASSERSTOFF: NEIN ZU FOSSILEM „WEITER SO“!



Wasserstoff (H_2) soll als vermeintlich sauberer Energieträger Erdgas und Co. ersetzen. Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete H_2 sogar als „Gas der Zukunft“ und versprach der Wirtschaft einen Wasserstoff-Boom. Eine kritische Debatte, wie Wasserstoff hergestellt wird und wo seine Verwendung wirklich sinnvoll ist, sucht man dabei oft vergebens. Das erlaubt es Politik und Konzernen, sich hinter schön klingenden Ankündigungen zu verstecken, Fakten zu schaffen und weiter auf fossile Energieträger zu setzen.

Denn Wasserstoff ist nicht automatisch gut fürs Klima: Wenn das Gas zu verschwenderisch eingesetzt wird, bremst es die Energiewende aus. Außerdem führt Wasserstoff, der mit Erdgas statt erneuerbarer Energie hergestellt wird, zu noch mehr klimaschädlichen Emissionen. Zwar soll das CO_2 , das bei der Produktion des so genannten blauen Wasserstoffs entsteht, im Boden gelagert werden. Doch klimafreundlich ist H_2 aus Erdgas trotzdem nicht: Es werden nie alle klimaschädlichen Abgase abgetrennt.

Trotzdem will die Bundesregierung fossilen Wasserstoff mit Steuergeldern fördern. Gas-Konzerne setzen große Hoffnungen in die Technik und hoffen, so ihr fossiles Geschäftsmodell zu retten.

Um das zu verhindern, haben wir auf unserer Homepage ausführliche Infoseiten zum Thema Wasserstoff erstellt und die Entscheidungen der Bundesregierung kritisch begleitet. Mit einer Online-Aktion, an der sich mehr als 15.000 Menschen beteiligt haben, forderten wir von Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck: Nur Wasserstoff, der mit erneuerbarem Strom hergestellt wurde, darf gefördert werden! Die Unterschriften übergaben wir im Dezember 2022 mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion vor dem Wirtschaftsministerium in Berlin. Dazu haben wir eine blaue Wasserstoff-Pipeline vor dem Ministerium aufgestellt, aus der symbolisch klimaschädliche Dämpfe entweichen.

Wasserstoff könnte durchaus ein wichtiger Baustein der Energiewende sein. Doch dafür muss sich die Politik gegen die falschen Versprechen der Gas-Lobby entscheiden. Dafür werden wir uns weiter einsetzen!

Weitere Informationen zu H_2 finden Sie auf unseren [→ Themenseiten.](#)



TAXONOMIE: (K)EIN ÖKOLABEL FÜR ATOM UND GAS

Die Idee hinter der EU-Taxonomie ist gut: Das Regelwerk soll klare Leitlinien für nachhaltige Finanzprodukte liefern, um das Greenwashing von Produkten, die nicht nachhaltig sind, zu verhindern. Bereits 2021 zeichnete sich allerdings ab, dass die Taxonomie selbst zum Greenwashing-Instrument wird. In der Silvesternacht ließ die EU-Kommission schließlich die Bombe platzen und veröffentlichte ihren Vorschlag: Dem zufolge sollten auch fossiles Gas und Atomkraft als nachhaltig eingestuft werden.

2022 setzten wir deshalb unsere Kampagne zur Rettung der EU-Taxonomie fort. Gemeinsam mit Partnerorganisationen protestierten wir im Januar in Berlin gegen den Entwurf und forderten die Bundesregierung auf, das Öko-Label für Atom und Gas im EU-Ministerrat abzulehnen. Als der Vorschlag im Februar offiziell in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, demonstrierten wir vor den Vertretungen der Kommission in München, Berlin und Bonn. Außerdem starteten wir unsere Online-Aktion „Kein grüner Anstrich für Atom und Gas“, mit der wir Europaabgeordnete aus Deutschland aufriefen, ein Veto gegen

die Pläne der Kommission einzulegen. Im Mai gingen wir zum europaweiten Aktionstag #NotMyTaxonomy von „Fridays for Future“ nochmals auf die Straßen und wandten uns in einem offenen Brief erneut an die deutschen Mitglieder des EU-Parlaments, um den Greenwashing-Gau zu verhindern.

Unter den deutschen EU-Parlamentarier:innen sowie in den Fachausschüssen für Wirtschaft und Umwelt konnten wir die Stimmung zwar drehen und eine Mehrheit gegen den Vorschlag der EU-Kommission erreichen. Im EU Ministerrat ist uns das leider nicht gelungen. Auch das Parlament stimmte entgegen der Empfehlung seiner Fachausschüsse gegen ein Veto. Seit Anfang 2023 gelten deshalb Gas- und Atomkraftwerke laut Taxonomie-Verordnung unter bestimmten Bedingungen als „übergangsweise nachhaltig“. Es liegt nun an der Finanzbranche und den Mitgliedsstaaten, fossile und nukleare Infrastruktur als das zu erkennen, was sie ist: verlorene Investitionen, die beim Aufbau eines erneuerbaren Energiesystems im Wege stehen.



LANDWIRTSCHAFT

Mehr als zwei Jahre lang investierte unser Landwirtschaftsteam viel Arbeit in die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Bienen und Bauern retten!“ und in unsere Verteidigung im Südtiroler Pestizidprozess. Diese Anstrengung wurde belohnt: Die EBI war erfolgreich und im Pestizidprozess wurden wir im Mai 2022 endlich freigesprochen. Auf den folgenden Seiten erfahren Sie mehr dazu sowie zu unseren weiteren Aktionen und Kampagnen für eine bessere und umweltfreundliche Landwirtschaft.



PESTIZIDPROZESS: SIEG FÜR DIE MEINUNGSFREIHEIT

Im September 2020 musste unser ehemaliger Agrarreferent Karl Bär zum ersten Mal in Bozen auf der Anklagebank Platz nehmen. Er stand vor Gericht, weil das Umweltinstitut mit einer Plakataktion und einer begleitenden Webseite den hohen Pestizideinsatz in den Südtiroler Apfelplantagen kritisiert hatte. Für die „Pestizidtirol“-Aktion wurde er vom Südtiroler Landesrat für Landwirtschaft Arnold Schuler sowie von mehr als 1.300 Landwirt:innen aus der Region wegen übler Nachrede und Markenfälschung vor Gericht gezerrt. Erst im Mai 2022 fand dieser kräftezehrende und aufreibende Prozess endlich sein Ende – mit einem Freispruch.

Zwar hatten Arnold Schuler und die Südtiroler Obstwirtschaft bereits im Jahr 2020 den Rückzug ihrer Anzeigen angekündigt. Doch erst im Juni 2021 machten sie dieses Versprechen wahr. Da allerdings ein Obstbauer an der Anzeige festhielt, ging der Pestizidprozess trotzdem weiter. Erst nach dem fünften Prozesstag im Januar 2022 wurde die letzte Anzeige zurückgezogen.

Bis zum endgültigen Freispruch sollte es aber noch dauern: Da es sich beim Vorwurf der Markenfälschung um ein sogenanntes Officialdelikt handelt, das auch ohne Kläger:innen verfolgt wird, standen wir im Mai 2022 erneut vor Gericht. Erst als die Staatsanwaltschaft eine Änderung der Anklage beantragte, wurde auch dieser Vorwurf hinfällig. Am 6. Mai 2022 war der Pestizidprozess endlich Geschichte. Mit dem Freispruch ist der Versuch der Südtiroler Landesregierung und der Obstlobby, Kritik am Pestizideinsatz juristisch zu unterbinden, endgültig gescheitert. Dass Südtirol ein Pestizidproblem hat, ist eine Wahrheit, die auszusprechen uns niemand

verbieten kann. Damit ist das Urteil wegweisend für Menschen in ganz Europa, die sich für eine gesunde Umwelt einsetzen und dafür juristisch angegriffen werden.

Bis zu diesem Erfolg war es ein langer und mühsamer Weg, den wir nur dank der Hilfe unserer Unterstützer:innen meistern konnten. Vielen Dank an alle, die uns in den letzten Jahren mit Tatkraft, Solidarität und Geld zur Seite standen!

Der Pestizidprozess ist ein typisches Beispiel eines SLAPPs, einer missbräuchlichen Einschüchterungsklage. Als betroffene Organisation kämpft das Umweltinstitut EU- und deutschlandweit für eine Anti-SLAPP-Gesetzgebung. Mehr dazu erfahren Sie auf Seite 31.

AUSWERTUNG DER PESTIZIDEINSATZDATEN

Auch nach dem Freispruch beschäftigte uns der Pestizideinsatz in Südtirol: 2022 arbeiteten wir mit Hochdruck an der Auswertung und Veröffentlichung der Südtiroler Spritzhefte von 2017, also den Daten aus dem Jahr der Anzeige gegen uns. Diese Spritzhefte wurden im Prozess als Beweismittel beschlagnahmt und uns zur Verfügung gestellt. Sie enthalten Informationen darüber, welche Pestizide 2017 wann, wo und in welchen Mengen im Apfelanbau eingesetzt wurden. Bei den Aufzeichnungen handelt es sich um einen einmaligen Datenschatz: Normalerweise bleiben diese Informationen den Augen der Öffentlichkeit verborgen. Das Umweltinstitut konnte somit erstmals detaillierte Einblicke in die tatsächliche Spritzpraxis des Südtiroler Apfelanbaus nehmen.



15.09.2020:
Der erste Prozesstag

Unser Mitarbeiter Karl Bär muss zum ersten Mal auf der Anklagebank Platz nehmen. Vor dem Gerichtsaal in Bozen machen wir zum Prozessauftritt klar: Die Wahrheit auszusprechen ist kein Verbrechen!



2020

2021

27.11.2020:
Der zweite Prozesstag



Obwohl Arnold Schuler und die Südtiroler Obstwirtschaft den Rückzug der Anzeigen angekündigt haben, können am zweiten Prozesstag nicht alle dafür nötigen Vollmachten vorgelegt werden.

28.05.2021:
Der dritte Prozesstag



Die dritte Anhörung findet statt und der Richter ruft die Beweisanträge für das Verfahren auf. Auch acht Monate nach der Ankündigung sind noch immer nicht alle Anzeigen zurückgezogen.



Die Staatsanwältin beantragt für das angebliche Delikt der Markenfälschung eine Änderung der Anklage in üble Nachrede. Der Richter nimmt den Änderungsantrag an, was zu einem sofortigen Freispruch führt. Nach 20 Monaten endet der Südtiroler Pestizidprozess mit einem großartigen Sieg für die Meinungs- und Informationsfreiheit.



06.05.2022:
 Der Freispruch

2022

29.10.2021:

Der vierte Prozesstag

28.01.2022:

Der fünfte Prozesstag



Der einzig verbliebene Kläger erscheint nicht zur Verhandlung, obwohl er als Zeuge der Staatsanwaltschaft geladen war. Die Verhandlung muss erneut vertagt werden.

Der letzte Kläger zieht sich aus dem Pestizidprozess zurück. Damit war 16 Monate nach dem Prozessauftakt einer der zwei Vorwürfe, nämlich der Vorwurf der üblen Nachrede, endlich vom Tisch.

PESTIZIDEINSÄTZE OFFENLEGEN!



Niemand weiß genau, welche Pestizide wann, wo und in welchen Mengen in unserer Umwelt landen – und das, obwohl Landwirt:innen gesetzlich verpflichtet sind, ihre Pestizideinsätze zu dokumentieren. Doch diese Spritzdaten werden von den zuständigen Behörden bisher nur stichprobenartig überprüft und nicht zentral erfasst, geschweige denn ausgewertet oder gar veröffentlicht. Wir sind der Meinung: Menschen, die in der Nähe von landwirtschaftlichen Flächen wohnen, haben das Recht zu wissen, welchen Pestizidwirkstoffen sie ausgesetzt sind. Auch Gerichte haben schon mehrmals bestätigt, dass Bürger:innen ein Recht auf Einsicht in die Spritzdaten der landwirtschaftlichen Betriebe haben.

Deshalb wandten wir uns an die Politik. Wir starteten eine Online-Aktion, die es unseren Unterstützer:innen ermöglicht, eine Nachricht an Landwirtschaftsminister Cem Özdemir zu schicken und ein digitales,

öffentlich zugängliches Pestizidregister zu fordern. Mehr als 20.000 Menschen haben sich bisher an der Aktion beteiligt.

Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, schickten wir gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Umweltverbänden, Wasserversorgern und Wissenschaftler:innen einen offenen Brief an die Bundesregierung. „Machen Sie Pestizideinsätze öffentlich einsehbar!“, so lautete unsere eindringliche Botschaft an Landwirtschaftsminister Cem Özdemir, Umweltministerin Steffi Lemke und Gesundheitsminister Karl Lauterbach. Denn nur wenn Klarheit darüber herrscht, welche Pestizide tatsächlich in unserer Umwelt landen, können Bürger:innen ihr gesetzlich verbrieftes Recht auf Umweltinformationen in Anspruch nehmen und Wissenschaftler:innen die Umwelt- und Gesundheitsgefahren von Pestiziden realistisch einschätzen.



Thomas Hörren,
Entomologe

„Die Forschung hat bereits deutlich aufgezeigt, dass Pestizide die biologische Vielfalt beeinflussen können. In welchem Ausmaß, kann man vor allem aufgrund dieser Datenintransparenz bis heute nicht bewerten.“



Prof. Dr. Andreas Schäffer,
Ökotoxikologe

„Nur wenn die Pestizidanwendungen vollständig offengelegt werden, ist eine seriöse Umweltrisikoprüfung der entstehenden Pestizidmischungen möglich.“



Prof. Dr. Ralf Schulz,
Ökotoxikologe

„Die fehlende Verfügbarkeit von Daten über Pestizideinsätze verhindert wichtige Analysen und verschleiern so eine möglicherweise entscheidende Ursache für den Biodiversitätsverlust.“

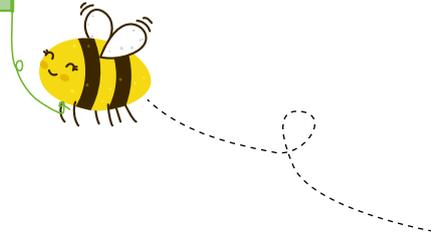


Prof. Dr. Ralf Schäfer,
Ökotoxikologe

„Um die Ursachen der hohen Belastung von Gewässern auch oberhalb von gesetzlichen Vorgaben zu identifizieren, ist Datenverfügbarkeit unerlässlich.“

PD Dr. Kathrin Brockmann,
Oberärztin und Leiterin der
Parkinson-Ambulanz
an der Uniklinik Tübingen

„Es gibt Hinweise, dass Pestizide das Risiko an Parkinson zu erkranken erhöhen können. Um diesen Zusammenhang besser erforschen zu können, sollten Pestizideinsätze erfasst und offengelegt werden.“



ERFOLG VON „BIENEN UND BAUERN RETTEN!“ OFFIZIELL BESTÄTIGT



Im Oktober 2022 war es soweit: Die EU-Kommission erklärte unsere Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Bienen und Bauern retten!“ für gültig. Als erst siebte EBI überhaupt konnten wir die Hürde von einer Million gültiger Unterschriften nehmen: 1.054.973 Menschen schlossen sich unseren Forderungen nach einem Verbot chemisch-synthetischer Pestizide in Europa, der Wiederherstellung verlorener Artenvielfalt in ländlichen Gebieten und der Unterstützung europäischer Landwirt:innen bei der Umstellung auf naturverträgliche Anbaumethoden an.

Das Umweltinstitut gehörte zur Kerngruppe der Organisationen, die die EBI initiiert und koordiniert haben. Möglich war dieser Kraftakt nur durch die Hilfe ganz vieler Menschen: Herzlichen Dank an alle, die der EBI ihre Stimme gegeben haben, bei der Sammlung der Unterschriften oder mit einer Spende geholfen haben!

Die EU-Institutionen mussten daraufhin unseren Forderungen Gehör schenken: Denn Vertreter:innen einer erfolgreichen EBI dürfen ihre Anliegen im EU-Parlament und in Gesprächen mit der EU-Kommission

schildern. Im November 2022 fuhr unsere Referentin für Agrarpolitik Veronika Feicht deshalb nach Brüssel zu einem Treffen mit Věra Jourová, der EU-Kommissarin für Werte und Transparenz, und Stella Kyriakides, der Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, die auch für Pestizide zuständig ist. Im Januar 2023 konnte das EBI-Bündnis seine Forderungen vor den zuständigen Fachausschüssen des EU-Parlaments vorstellen, und im März 2023 diskutierten die EU-Abgeordneten im Plenum darüber. Im April 2023 antwortete die EU-Kommission uns schließlich offiziell auf die Forderungen unserer EBI. Diese werden zwar nicht eins zu eins umgesetzt, doch zeigt die Reaktion der Kommission, dass wir mit unserer EBI die Agenda der EU im Punkte Artenvielfalt, Pestizide und Landwirtschaft maßgeblich mitgestalten konnten.

„Die Bürgerinitiative ‚Bienen und Bauern retten!‘ kam genau zur richtigen Zeit für die Beratungen über zwei Vorschläge der Kommission. Europäische Bürgerinitiativen können also durchaus Wirkung auf die Agenda der EU haben.“



Věra Jourová,
EU-Kommissarin für Werte und Transparenz

UNTERSUCHUNG IN BRANDENBURG: PESTIZIDE BELASTEN SCHUTZGEBIETE

Ackergifte verbreiten sich unkontrolliert durch die Luft. Dabei landen sie auch in streng geschützten Lebensräumen. Dies zeigte 2022 unsere Untersuchung zu Pestiziden in der Brandenburger Luft.

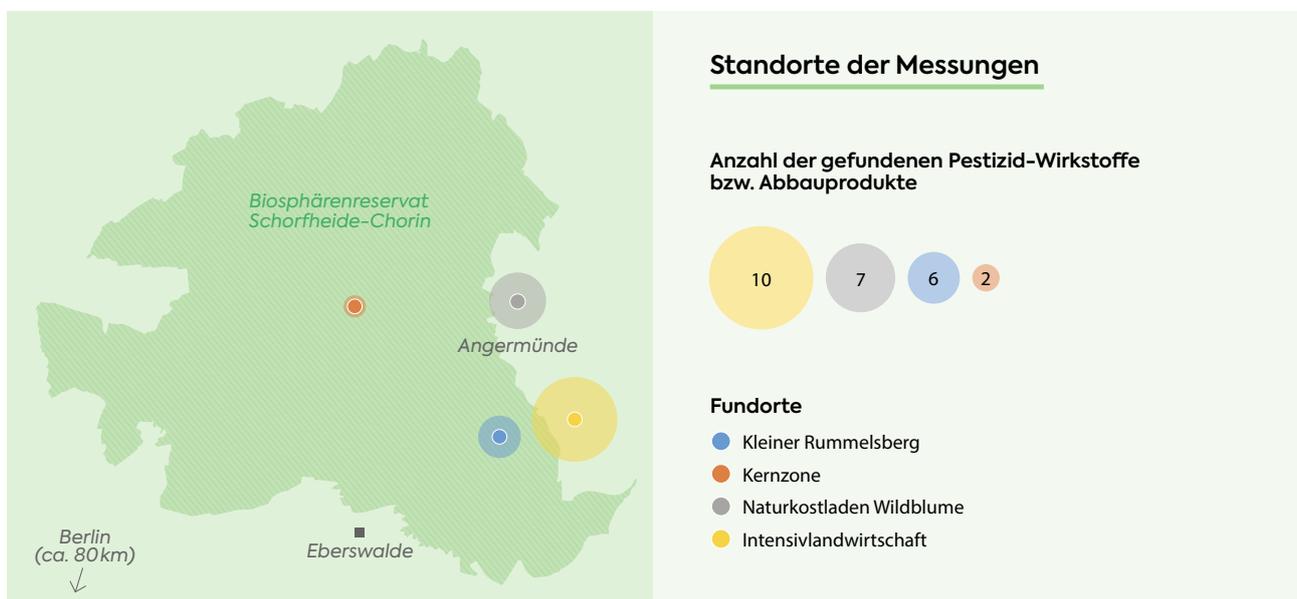
Nordöstlich von Berlin liegt das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Die Seen, Moore und Wälder im größten Schutzgebiet Deutschlands bieten zahlreichen Tier- und Pflanzenarten eine Heimat. Direkt angrenzend an das Biosphärenreservat werden Felder intensiv bewirtschaftet. Auch im Biosphärenreservat selbst wird Ackerbau betrieben, auf etwa einem Viertel der Gesamtfläche.

Wir wollten wissen: Belastet die konventionelle Landwirtschaft die Luft im Schutzgebiet? Ein Jahr lang nahmen wir 2019 Luftproben an vier Messpunkten in und um das Biosphärenreservat und analysierten sie im Hinblick auf Pestizidrückstände.

Die Ergebnisse zeigen: Je näher ein Messpunkt an intensiv bewirtschafteten Flächen liegt, desto stärker ist die Pestizidbelastung. Teilweise wurden mehrere

Stoffe gleichzeitig nachgewiesen. Selbst inmitten der Kernzone des Biosphärenreservats konnten wir Pestizide in der Luft feststellen. Dabei sollte gerade dort die Natur vor menschlichen Eingriffen geschützt sein. Wie lange manche Stoffe in der Natur verbleiben, zeigen Rückstände des Insektengifts DDT, die wir an zwei Messpunkten fanden – und das fast 30 Jahre nachdem das extrem schädliche Insektizid in der ehemaligen DDR verboten wurde.

Angesichts des dramatischen Artensterbens ist es mehr als besorgniserregend, dass selbst geschützte Gebiete nicht sicher vor Pestizid-Abdrift sind. Denn Ackergifte tragen maßgeblich zum Artenschwund bei. Wir fordern deshalb von der Politik: In Schutzgebieten dürfen keine Pestizide mehr ausgebracht werden und im Umkreis sensibler Gebiete darf nicht gespritzt werden. Langfristig können wir die Artenvielfalt nur bewahren, wenn es uns gelingt, chemisch-synthetische Pestizide komplett zu verbannen.



NRW: KEIN GIFT IN SCHUTZGEBIETEN



Im September 2021 ist nach vielen Verzögerungen in Deutschland das so genannte Insektenschutzgesetz in Kraft getreten. Dieses bundesweit gültige Gesetzpaket verbietet unter anderem den Einsatz bestimmter Pestizide in Naturschutzgebieten und in Nationalparks. Doch schon wenige Wochen später wurden Maßnahmen ergriffen, mit denen die festgelegten Regelungen umgangen werden können. So durften daraufhin beispielsweise in Nordrhein-Westfalen (NRW) landwirtschaftliche Betriebe in Naturschutzgebieten weiter spritzen, wenn ihre Flächen zu mindestens 30 Prozent in einem solchen Gebiet liegen. Ein von uns in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten einer renommierten Anwaltskanzlei hat ergeben, dass dieses Vorgehen rechtswidrig ist. Im April 2022 protestierten wir deshalb mit Campact vor der Staatskanzlei in Düsseldorf. Gemeinsam mit mehr als 30.000 Menschen, die unseren Appell unterzeichnet hatten, forderten wir von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst: Sorgen Sie dafür, dass das bundesweit gültige Insektenschutzgesetz nicht ausgehebelt wird! Die Landesregierung muss den Ausnahmeerlass zurücknehmen, der den beinahe uneingeschränkten Einsatz von Pestiziden in Naturschutzgebieten ermöglicht.

STOP GENE DRIVES!



Mit Hilfe der Genschere CRISPR/Cas9 ist es möglich, die genetischen Merkmale wildlebender Pflanzen und Tiere grundlegend zu verändern und sogar ganze Arten gezielt auszurotten. Dabei sorgt ein so genannter Gene Drive dafür, dass gewünschte Merkmale dominant vererbt werden – selbst wenn die neuen Eigenschaften das Überleben einer Art gefährden. Wenn aber Arten ausgelöscht werden, kann das die Stabilität ganzer Ökosysteme gefährden. 2022 beschäftigte sich in China eine der wichtigsten Konferenzen zum Schutz der Artenvielfalt mit der Zukunft dieser neuen Technologie. Kurz vor Beginn dieser COP15 übergaben wir deshalb Umweltministerin Steffi Lemke gemeinsam mit „Save Our Seeds“ und der Aurelia Stiftung rund 300.000 Unterschriften unserer Aktion „Stop Gene Drives“. Lemke sicherte bei der Unterschriftenübergabe ihre Unterstützung zu. Unsere Partnerorganisationen überreichten die Unterschriften auch an die zuständigen Ministerien in der Slowakei und in Spanien. Gemeinsam mit 300 Organisationen weltweit fordern wir einen globalen Stopp der Freisetzungen von Gene-Drive-Organismen in die Natur. Da dieser auf der COP15 nicht beschlossen wurde, heißt es für uns: Wir bleiben weiter dran bis zur nächsten Biodiversitätskonferenz (COP16) in der Türkei.



PATENTE AUF SAATGUT STOPPEN!

Patente auf Pflanzen und Tiere, die ohne Gentechnik gezüchtet wurden, sind eigentlich verboten. Doch rechtliche Schlupflöcher ermöglichen es dem Europäischen Patentamt (EPA) und der Industrie, dieses Verbot systematisch zu umgehen. Dadurch können Agrarkonzerne die Ergebnisse der züchterischen Arbeit, die Landwirt:innen auf der ganzen Welt seit Jahrtausenden leisten, an sich reißen. So gefährden beispielsweise Patente auf herkömmlich gezüchtete Braugerste des Brauereikonzerns Carlsberg die Vielfalt an Gerstensorten und die Biervielfalt.

Auch 2022 haben wir uns deshalb gemeinsam mit dem Bündnis „No Patents On Seeds“ für ein vollständiges Verbot von Patenten auf herkömmlich gezüchtete Pflanzen und Tiere eingesetzt: Wir starteten die Aktion „Patente auf Saatgut stoppen – Biervielfalt retten!“, mit der wir Bundesjustizminister Marco Buschmann dazu auffordern, sich klar gegen Patente auf herkömmlich gezüchtete Pflanzen und Tiere zu positionieren und dafür zu sorgen, dass das Verbot derartiger Patente auch umgesetzt wird. Damit sich viele Menschen für Patente gegen Saatgut einsetzen, ließen wir außerdem Bierdeckel drucken, die auf die Gefährdung der Biervielfalt durch Patente aufmerksam machen. Der Erfolg der Bierdeckel zum Verteilen an Freund:innen und Nachbar:innen, Bier-

gärten und Restaurants war überwältigend: Innerhalb kürzester Zeit konnten wir unsere insgesamt 145.000 Bierdeckel an Unterstützer:innen verschicken. Rund 250.000 Menschen beteiligten sich an unserer Online-Aktion. Stellvertretend für jede einzelne Unterschrift übergaben wir im Dezember eine Viertel Million Maiskörner an das EPA in München.

Im Juli übergaben wir gemeinsam mit „No Patents on Seeds“ den Bericht „Ausverkauf der Pflanzenvielfalt“ an das EPA. Dieser zeigt: Mehr als 100 Patentanträge auf konventionell gezüchtete Pflanzen gehen jedes Jahr beim Europäischen Patentamt ein. Die Strategie der Agrarkonzerne dabei: Immer häufiger durchsuchen Firmen das Erbgut von Pflanzen nach zufälligen, natürlich entstandenen Mutationen und interessanten genetischen Variationen, um diese dann patentieren zu lassen. Laut Bericht beanspruchen einige der 2021 veröffentlichten Patentanträge dutzende, hunderte oder sogar tausende Genvarianten, die in Getreidearten wie Soja und Mais entdeckt wurden. Aber auch Gemüsearten wie Kartoffeln, Spinat, Salat, Gurken und Tomaten sind davon betroffen.

Wir wollen, dass Patente auf herkömmlich gezüchtete Pflanzen bald der Vergangenheit angehören! Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.



Weitere Tätigkeitsbereiche für den Fachbereich

Sulfoxaflor ins Gewächshaus verbannt

Sulfoxaflor ist ein relativ neues und hochwirksames Insektengift. Da es systemisch wirkt, dringt es in alle Teile einer Pflanze ein: Belasteter Pollen und Nektar werden so zu einer giftigen Falle für Bestäuber. 2022 wurde die Anwendung EU-weit auf den Einsatz in Gewächshäusern beschränkt – ein wichtiger Erfolg unseres jahrelangen Engagements! Bestäuber bleiben so auf den allermeisten Flächen von dem Gift verschont. Trotzdem wäre ein Totalverbot der beste Schutz für Biene und Co., denn Gewächshäuser sind keine komplett geschlossenen Systeme. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

EU-Zulassung für besonders gefährliche Pestizide verlängert

Substitutionskandidaten sind Pestizide, die als besonders gefährlich für die Umwelt und/oder die menschliche Gesundheit gelten und durch weniger schädliche Alternativen ersetzt werden sollen. Vergangenes Jahr wäre die Zulassung von mehr als einem Dutzend solcher Substitutionskandidaten ausgelaufen. Darunter sind Wirkstoffe, deren GefahrenEinstufung von „kann das Kind im Mutterleib schädigen“ über „kann Säuglinge über die Muttermilch schädigen“ bis hin zu „kann vermutlich Krebs erzeugen“ reicht. Doch unter Zustimmung der Mitgliedstaaten wurde die Genehmigung dieser Stoffe um ein weiteres Jahr verlängert. Wir werden uns deshalb weiter dafür stark machen, dass diese Pestizide vom Markt genommen werden.



Glyphosat: Kommt das Verbot?

Auch die EU-Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat wäre eigentlich 2022 ausgelaufen. Doch weil die Behörden den Zeitplan des Genehmigungsverfahrens nicht halten konnten, verlängerte die EU-Kommission die Zulassung um ein weiteres Jahr. Dabei gibt es unzählige wissenschaftliche Beweise, die ein sofortiges Verbot von Glyphosat rechtfertigen. Und laufend erscheinen neue Studien, die die Gefährlichkeit des Herbizids bestätigen. Dieses Jahr werden die zuständigen Behörden und Politiker:innen in Brüssel erneut darüber zu entscheiden haben, ob Glyphosat weiter auf unseren Äckern landen darf. Wir werden die Gelegenheit nutzen und uns dafür einsetzen, dass das Ackergift endgültig verboten wird!

ÖKOLANDBAU ERLEBEN UND VERSTEHEN

Kinder und Jugendliche aus der Stadt verlieren zunehmend den Bezug zur Natur. Ihr Interesse an der Natur nimmt ebenso ab wie das sinnliche Erleben von Wiesen, Feldern und Wäldern. Mit den Bildungsprojekten „Ökolandbau erleben und verstehen“ wollen wir dieser alarmierenden Entwicklung entgegenwirken.

Wir zeigen Kindern und Jugendlichen den Ursprung unserer Lebensmittel und welche Vorteile die ökologische Landwirtschaft und Bio-Lebensmittel für unsere Gesundheit und unsere Umwelt haben. Die Kinder und Jugendlichen lernen, dass gesunde Lebensmittel schmecken – und dass es nicht schwer ist und Spaß macht, frische Lebensmittel zuzubereiten. Im vergangenen Jahr organisierten wir für 38 Schul- und Kitagruppen Ausflüge auf Bio-Bauernhöfe rund um München. An 26 Projekttagen in Münchner Bildungseinrichtungen vermittelten wir auf unterhaltsame Art Wissen zu Ökolandbau und gesunder Ernährung.



WELT UND HANDEL

Deutschland tritt endlich aus dem Energiecharta-Vertrag aus. Das ist einer der größten Erfolge der Umweltbewegung der vergangenen Jahre und macht uns sehr stolz.

Gleichzeitig wird das Handelsabkommen CETA, gegen das wir zu Zehntausenden auf die Straße gegangen sind, ratifiziert. Die EU-Kommission bringt eine vielversprechende

Anti-SLAPP-Richtlinie auf den Weg – doch viele Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, zeigen sich skeptisch. Es bleibt also noch einiges zu tun!

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen unsere Aktivitäten für einen fairen, demokratischen Handel und eine gerechtere Welt vor.



WIR KÄMPFEN GEGEN EINSCHÜCHTERUNGSKLAGEN

SLAPP steht für „Strategic Lawsuit against Public Participation“ – zu deutsch: strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung. Mit diesem Begriff wird eine rechtsmissbräuchliche Form von Klagen bezeichnet, mit der Kritiker:innen eingeschüchtert werden und ihre Kritik aus der Öffentlichkeit verbannt werden soll. Als wir im Südtiroler Pestizidprozess vor Gericht standen (siehe Seite 19), mussten wir selbst erfahren, was es bedeutet, von einer solchen Einschüchterungsklage betroffen zu sein.

Damit die Justiz nicht weiter missbraucht werden kann, um die Presse- und Meinungsfreiheit in Europa einzuschränken, engagieren wir uns mit unseren Verbündeten von der Coalition against SLAPPs in Europe (CASE) für eine europäische Anti-SLAPP-Richtlinie. Gemeinsam sammelten wir mehr als 200.000 Unterschriften von Menschen in ganz Europa, die diese Forderung unterstützen. Im Februar 2022 übergaben wir die Unterschriften an die Vizepräsidentin der EU-Kommission Věra Jourová.

Und unser Druck zeigte Wirkung: Ende April präsentierte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine EU-Richtlinie, die unter dem Namen „Daphnes Gesetz“ bekannt wurde – benannt nach der ermordeten maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia.

Daphne Caruana Galizia war eine Journalistin, die über Korruption und illegale Geschäfte in Malta berichtete. Wegen ihrer Arbeit wurden sie und ihre Familie jahrelang bedroht. 2017 wurde Daphne Caruana Galizia durch eine Autobombe ermordet. Zum Zeitpunkt ihres Todes waren 47 SLAPPs gegen sie anhängig.



Leider haben die europäischen Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, inzwischen einer starken Verwässerung der Anti-SLAPP-Richtlinie zugestimmt. Daher wollen wir die deutsche Bundesregierung nun dazu bewegen, zumindest auf nationaler Ebene starke Schutzmechanismen gegen SLAPPs gesetzlich zu verankern. Zu diesem Zweck haben wir gemeinsam mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte und der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di eine Studie über das Ausmaß von SLAPPs in Deutschland in Auftrag gegeben.



DEUTSCHLAND STEIGT AUS DEM ENERGIECHARTA-VERTRAG AUS!

Als siebte Nation – nach Italien, Polen, Spanien, der Niederlande, Frankreich und Slowenien – und mehr als 15 gescheiterten Modernisierungsversuchen verkündete Deutschland Ende 2022 endlich den Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag (ECT). Diese Entscheidung ist ein Meilenstein für den Klimaschutz, ein wichtiger Sieg über das veraltete System der privaten Schiedsgerichte – und ein großartiger Erfolg unserer Arbeit!

Der ECT ist ein internationales Investitionsschutzabkommen, das Investor:innen die Möglichkeit gibt, Staaten vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen. Das kann der Fall sein, wenn ein Staat die Bedingungen für ihre Investitionen durch neue Regeln wie einen früheren Kohlausstieg verschlechtert.

Ein Beispiel: Die italienische Regierung wurde vergangenes Jahr von einem privaten Schiedsgericht zu 250 Millionen Euro Schadensersatz verurteilt. Italien hatte dem britischen Öl- und Gasunternehmen Rockhopper Explorations verboten, wenige Kilometer vor der Adriaküste eine Ölbohrinsel zu errichten. Der in Deutschland bekannteste Fall sind die Klagen des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall um insgesamt 4,3 Milliarden Euro wegen des Atomausstiegs.

Immer wieder haben wir in den vergangenen Jahren über die Entwicklungen rund um den ECT berichtet. Uns ist es gelungen, die drei sperrigen Buchstaben mit Leben zu füllen. Während der Verhandlungen protestierten wir mit unseren europäischen Partnerorganisationen vor dem Energiecharta-Sekretariat in Brüssel, in Berlin bekämpften wir vor dem Kanzleramt den fossilen Dinosaurier. Wir sammelten über eine Million Unterschriften für einen Ausstieg aus dem ECT und fluteten das Wirtschaftsministerium mit Postkarten an Robert Habeck. Im November 2022 verkündete die Bundesregierung schließlich, aus dem Energiecharta-Vertrag auszusteigen!

Gemeinsam haben wir den Anfang vom Ende für den Investitionsschutz fossiler Energien eingeläutet. Denn der ECT ist der meistgenutzte Vertrag für Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS). Mit diesem Erfolg im Rücken kämpfen wir weiter für eine konsequent sozial-gerechte und ökologische Handelspolitik ohne Sonderklagerechte für Konzerne.

ZEIT-Journalistin Petra Pinzler über den Ausstieg aus dem ECT:

„Dass das möglich wurde, ist übrigens einer kleinen Gruppe sehr aktiver Menschen und Umweltgruppen in ganz Europa zu verdanken. In Deutschland beispielsweise hat das Umweltinstitut München über Jahre immer wieder protestiert und informiert und auch nicht nachgelassen, als die Medien nicht mehr berichteten, die Öffentlichkeit das Interesse verlor und die Politik auf stur schaltete. Es hat im Gegenteil immer wieder nachgebohrt. Ohne solche Leute wäre unsere Demokratie deutlich ärmer. Und die Staatskasse künftig wahrscheinlich auch.“

(Quelle: Zeit.de, Fortschritt ist möglich – sogar beim Klimaschutz, 24.11.2022)



WIE GEHT ES NUN WEITER?

Nach dem Austritt der Staaten läuft die „Zombie-Klausel“ an, die sie noch 20 Jahre in Bezug auf bereits getätigte Investitionen an den Vertrag bindet. Doch dagegen können sich die Regierungen wehren.

Wie das geht, zeigen wir in unserem Rechtsgutachten, das wir im Oktober 2022 veröffentlicht haben.

→ [Zum Rechtsgutachten](#)

”

Unter diesen Umständen
hätte CETA niemals ratifiziert
werden dürfen.

“

Vor knapp fünf Jahren ist das Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada vorläufig in Kraft getreten. Am 1. Dezember 2022 wurde es in Deutschland endgültig ratifiziert. Ludwig Essig, unser Referent für Handelspolitik, erklärt, warum dieser Tag ein rabenschwarzer Tag für Umweltschutz und Demokratie war.

Das Umweltinstitut hat viele Jahre lang gegen CETA gekämpft. Zu Hunderttausenden sind wir dagegen auf die Straße gegangen. Was kritisierst du an CETA am meisten?

CETA ist Ausdruck einer neoliberalen und rücksichtslosen Freihandelspolitik der EU-Kommission. Unser größter Kritikpunkt ist folgender: CETA gibt Großinvestoren die Möglichkeit, vor nicht-staatlichen Schiedsgerichten Regierungen zu verklagen. Diese Paralleljustiz für Konzerne ist eine Gefahr für die Demokratie. Ins Visier solcher Klagen kommen vor allem Regulierungen zu Gunsten des Umwelt- und Naturschutzes. Aber auch die Anhebung von Sozialstandards könnte zu Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe führen.

Wieso hat Deutschland für die Ratifizierung gestimmt – vor allem jetzt, wo die Grünen in der Regierung sind, die sich immer lautstark gegen CETA ausgesprochen haben?

Noch vor einigen Jahren sind die Grünen gemeinsam mit uns gegen das Abkommen auf die Straße gegangen. Auf ihrem Banner stand: „Demokratie ist nicht verhandelbar“. Anscheinend haben sie all ihre guten Argumente mit dem Eintritt in die Bundesre-

gierung vergessen. Augenscheinlich fand innerhalb der Bundesregierung ein Kuhhandel zwischen dem Energiecharta-Vertrag (ECT) und CETA statt. Für den Ausstieg aus dem ECT brauchte es auch die Stimmen der SPD und der FDP. Diese gab es wohl nur, wenn die Grünen dafür die CETA-Kröte schluckten. Für mich ist das bis heute nicht nachvollziehbar. Das sahen auch knapp 17.000 Menschen so, die sich kurzerhand an unserer Mail-Aktion an die Entscheidungsträger:innen bei den Grünen beteiligten.

Um Kritiker:innen zu beschwichtigen, wurde das Abkommen noch um eine Interpretationserklärung erweitert. Hat sich dadurch etwas verbessert?

Nein. Mitte Juni 2022 kündigte die Ampel-Regierung die Ratifizierung von CETA an. Zuvor sollte vom „CETA Joint Committee“, einem Ausschuss von Beamt:innen der EU-Kommission und der kanadischen Regierungsbehörden, eine Interpretationserklärung verabschiedet werden, die den Investitionsschutz auf direkte Enteignung und Diskriminierung beschränkt. Doch ein juristisches Kurzgutachten, das eine renommierte Kanzlei für uns erstellt hat, ergab: Die Befugnis, den Investitionsschutz in CETA auf diese Weise einzuschränken, hat das Joint Committee gar nicht! Was genau in der Interpretationserklärung steht,

hätten wir übrigens gar nicht erfahren sollen. Die Zivilgesellschaft wurde weder in den Verhandlungsprozess der Erklärung eingebunden noch wurde der Text offiziell veröffentlicht. Das wollten wir aber nicht hinnehmen. Als wir die Erklärung durch einen Leak in die Hände bekamen, machten wir sie gemeinsam mit dem Netzwerk Gerechter Welthandel im September öffentlich.

Du kritisierst, dass die Ratifizierung undemokratisch und intransparent war. Warum?

Obwohl die Interpretationserklärung als Voraussetzung für die Ratifizierung angekündigt worden war, war die finalisierte Fassung am Tag der Abstimmung weder der Öffentlichkeit noch den Bundestagsabgeordneten bekannt. Niemals hätte unter diesen Umständen CETA ratifiziert werden dürfen.

Das Abkommen ist seit 2017 vorläufig in Kraft getreten. Was ändert sich jetzt durch die Ratifizierung in Deutschland?

Die meisten Teile des Abkommens, darunter alle Zollsenkungen, werden bereits vorläufig angewendet. Seit dem Vertrag von Lissabon 2009 ist allein die Europäische Union für die gemeinsame Handelspolitik zuständig. Der Großteil von CETA konnte daher vorläufig in Kraft treten, nachdem 2016 die Regierungen aller EU-Mitgliedstaaten zugestimmt und Anfang 2017 auch das EU-Parlament grünes Licht gegeben hatte.

Der umstrittene Investitionsschutz sowie einige weitere Regelungen zu Finanzdienstleistungen, Steuern und geistigem Eigentum berühren jedoch auch Kompetenzen der EU-Mitgliedstaaten. Diese Teile

sind von der vorläufigen Anwendung ausgenommen und erfordern die Zustimmung der nationalen Parlamente. Bisher haben die Parlamente in 17 der 27 EU-Staaten CETA zugestimmt. Solange nicht alle entschieden haben, läuft die vorläufige Anwendung ohne zeitliche Begrenzung weiter. Wir setzen mit unseren europäischen Partnerorganisationen alles daran, es bei der vorläufigen Anwendung zu belassen.

„10 Dinge, die Sie über CETA wissen sollten“, können Sie in diesem Dokument nachlesen, das wir im August 2022 gemeinsam mit anderen Organisationen veröffentlicht haben.

[→ Zum Dokument](#)



Ludwig Essig
Referent für Handelspolitik

WERDEN SIE ZUM SLOW-FASHION-PROFI!

Mehr als 100 Milliarden Kleidungsstücke werden jährlich weltweit produziert. Das sind doppelt so viele wie noch vor zwanzig Jahren. Durch das riesige und billige Angebot hat sich unsere Kleidung von einem wertvollen Gut zum Einwegprodukt gewandelt. Möglich ist das nur durch eine fast vollständig ausgelagerte Produktion in Niedriglohnländern und die gnadenlose Ausbeutung von Menschen, Tieren und natürlichen Ressourcen.

Doch es geht auch anders: 2021 haben wir deshalb unseren Slow-Fashion-Ratgeber als Online-Version veröffentlicht. Darin zeigen wir, wie Sie mit ganz einfachen Maßnahmen Ihren Kleiderkonsum ökologischer gestalten können. Wegen der großen Nachfrage haben wir vergangenes Jahr auch eine gedruckte Version davon produziert, die Interessierte kostenlos über unsere Homepage bestellen können.

Hier können Sie den [→ gedruckten Ratgeber bestellen](#) oder als [→ pdf herunterladen](#).

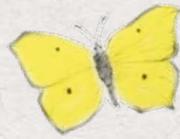


DANKE FÜR IHRE
UNTERSTÜTZUNG!

Auf Ihren Beitrag kommt es an!

Erst die Beiträge unserer Spender:innen und Fördermitglieder ermöglichen unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit für eine nachhaltige Energiewende und eine ökologische Landwirtschaft ohne Pestizide. Ohne Ihre Unterstützung wäre all das nicht möglich. Denn das Umweltinstitut wird weder von Parteien, noch Regierungen oder wirtschaftlichen Interessengruppen finanziert. Daher möchten wir uns herzlich bei all unseren Fördermitgliedern und Spender:innen bedanken! Wenn Sie sich jetzt entscheiden, eine Fördermitgliedschaft abzuschließen oder Ihren Beitrag zu erhöhen, können Sie sich als Dankeschön eine unserer aktuellen Prämien aussuchen.

Jetzt → [Fördermitgliedschaft abschließen](#)
oder → [Beitrag erhöhen](#)



Fördermitglieder werben – und Prämie sichern!

Sie sind bereits Fördermitglied und kennen jemanden, der uns ebenfalls unterstützen möchte? Dann werben Sie das neue Fördermitglied und erhalten Sie eine kleine Geschenk. Wählen Sie zunächst die Prämie aus, die das neue Fördermitglied erhalten will. Geben Sie anschließend in dem Textfeld Ihren Prämienswunsch gemeinsam mit Ihrer Anschrift an.

Jetzt → [Fördermitglieder werben](#)

Fördermitglieder werben

Vielen Dank für Ihre Unterstützung

Sie sind bereits Fördermitglied und kennen jemanden, der uns ebenfalls unterstützen möchte? Dann werben Sie das neue Fördermitglied und erhalten Sie eine kleine Geschenk. Wählen Sie zunächst die Prämie aus, die das neue Fördermitglied erhalten will. Geben Sie anschließend in dem Textfeld Ihren Prämienswunsch gemeinsam mit Ihrer Anschrift an.

Wie hoch soll der Betrag sein? (Mindest 5€)

5 € 10 € 15 € 20 € mehr

Wählen Sie die Prämie aus, die Ihnen am liebsten gefällt.

Ihre persönliche Ansprechpartnerin

Wendelin Albrecht
Telefon: (089) 30 17 46-0
E-Mail: w.albrecht@umweltinstitut.org



DAS JAHR 2022 IN ZAHLEN

Unsere Fördermitglieder und Spender:innen ermöglichen durch ihre Unterstützung unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit – ganz unabhängig von Parteipolitik und wirtschaftlichen Interessen.

Für das Jahr 2022 bedanken wir uns besonders dafür, dass Sie uns geholfen haben, ein neues modernes Gammaspektrometer anzuschaffen. Damit sind wir weiterhin in der Lage, Lebensmittelproben auf radioaktive Belastung zu untersuchen und im Falle eines Atomunfalls unabhängig zu informieren. Viele von Ihnen haben außerdem für unsere Arbeit gegen den Energiecharta-Vertrag gespendet. Die Austritte Deutschlands und weiterer EU-Staaten aus dem Vertrag zeigen, dass sich unser Einsatz gelohnt hat.

EINNAHMEN UND AUSGABEN

Finanzierung

Im Jahr 2022 konnten wir große Erfolge feiern: Der Südtiroler Pestizidprozess endete im Mai mit einem Freispruch, die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten!“ wurde offiziell für gültig erklärt und Deutschland verkündete seinen Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag. Diese und alle weiteren Projekte sind nur durch die kontinuierliche Unterstützung unserer Fördermitglieder und Spender:innen möglich.

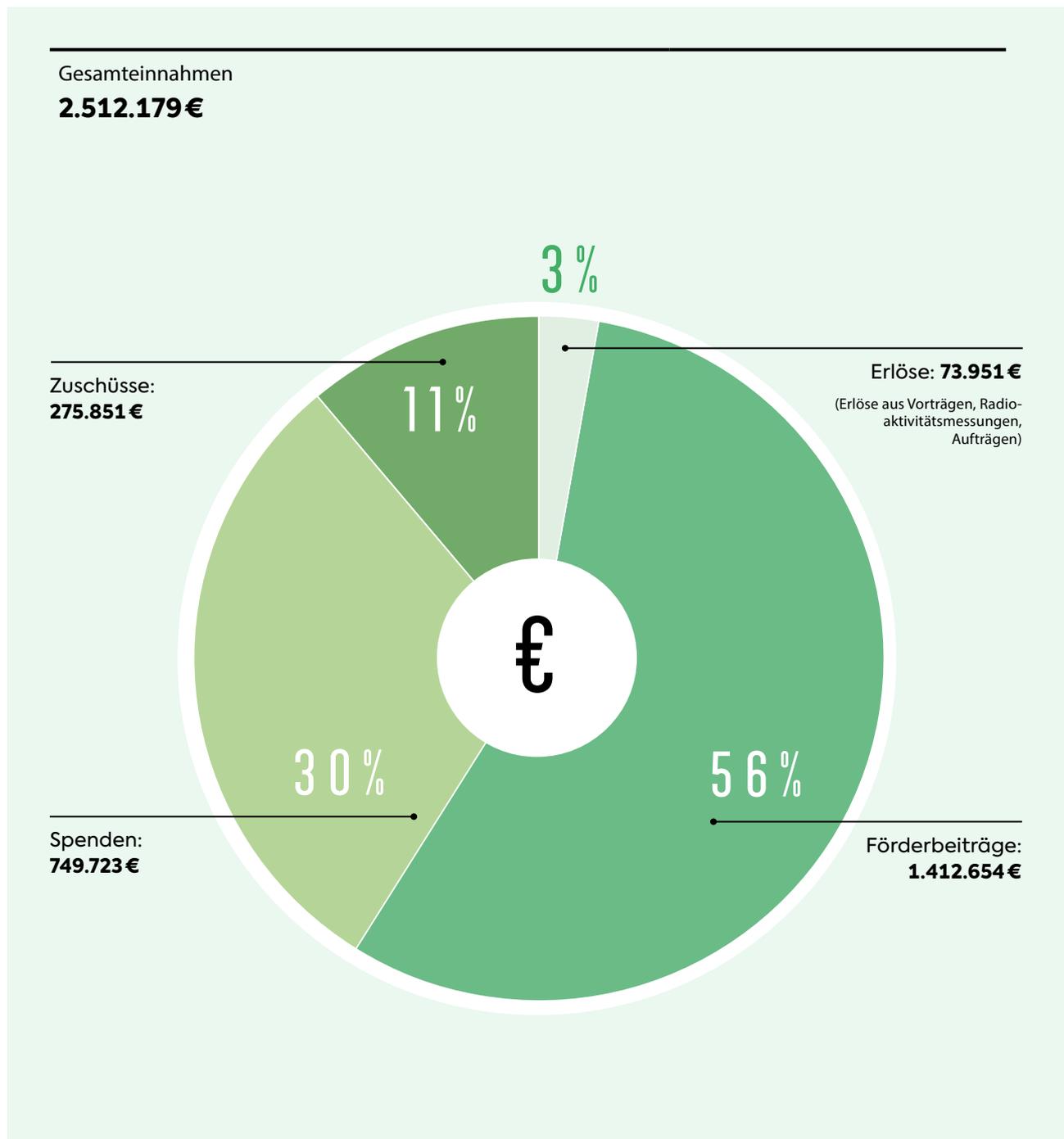
Spenden und Mitgliedsbeiträge bilden mit insgesamt 86 Prozent der Einnahmen die Grundlage für unsere Finanzierung. Durch den hohen Anteil an Spenden und Beiträgen sichern wir unsere Unabhängigkeit. Projektzuschüsse verschiedener Träger beliefen sich 2022 auf elf Prozent unserer Einkünfte.

Unsere Kampagne „Klimawende von unten“ wurde unterstützt von der European Climate Foundation, Lush GmbH – Charity Pot, Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH – Förderprogramm, Climate Action Network – Europe Beyond Coal Campaign, und dem ADFC e.V.. Unsere Kampagne gegen SLAPPs erhielt eine Unterstützung von der Open Society Foundation. In diesem Jahr konnten wir zudem wieder auf die Landeshauptstadt München zählen, die das Projekt „Ökolandbau erleben und verstehen“ sowie die Umweltberatung für interessierte Bürger:innen unterstützt hat. Die Gregor Louisoder Stiftung unterstützte uns mit ihrer Sockelförderung.

Ausgaben

Im Jahr 2022 beliefen sich unsere Ausgaben auf 2.286.134 Euro. 81 Prozent unserer Ausgaben verwendeten wir für die Arbeit in den Fachbereichen. Diese Ausgaben umfassten die Planung und Durchführung von Kampagnen, wissenschaftlichen Projekten oder die finanzielle Unterstützung von Bündnisprojekten innerhalb der Umweltbewegung, aber auch die Beauftragung von Rechtsgutachten, z.B. zur Schiedsgerichtsklausel des Energiecharta-Vertrags, oder die Messung von Pilzen auf Radioaktivität. Mit zwölf Prozent blieben unsere Verwaltungskosten auf niedrigem Niveau. Für unsere allgemeine Öffentlichkeitsarbeit gaben wir sieben Prozent unserer Ausgaben aus.

EINNAHMEN



Die Angaben in den Diagrammen sind gerundete Werte. Dies kann zu vermeintlichen Differenzen in der Summenbildung führen.

DIE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER DES UMWELTINSTITUTS

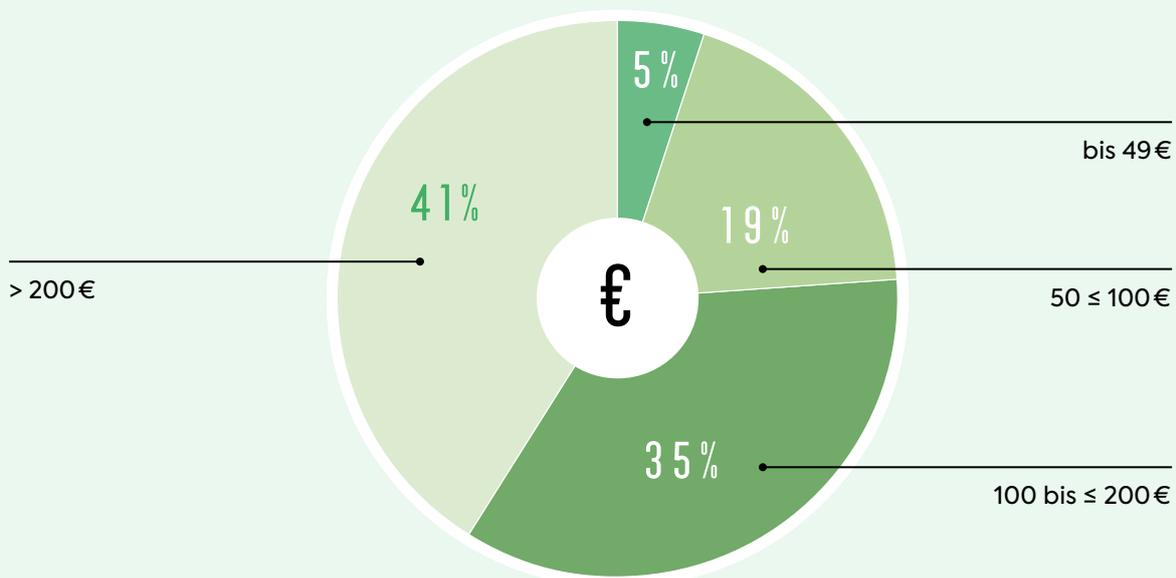
Nur durch das große Engagement unserer Fördermitglieder und Spender:innen ist unsere Aufklärungs- und Kampagnenarbeit überhaupt möglich. Wir freuen uns deshalb, dass weiterhin sehr viele engagierte Menschen unsere Arbeit mit einem regelmäßigen Beitrag unterstützen.

Leider mussten wir feststellen, dass sich die Energiekrise und Inflation auch bei unseren Unterstützer:innen bemerkbar macht. Im Jahr 2022 nahm die Zahl der Neueintritte im Vergleich zu den Vorjahren ab. Zugleich kündigten vermehrt Fördermitglieder mit dem Verweis darauf, dass sie sich den Beitrag aktuell nicht mehr leisten können. Insgesamt hielt sich die Zahl der Fördermitglieder durch Neueintritte und Austritte ungefähr die Waage, so dass wir uns zum Jahresende weiterhin über etwas mehr als 12.000 Fördermitglieder freuen konnten. Wir haben zudem ca. 13.900 Spenden erhalten.

Spenden und Beiträge in der Größenordnung bis 200 Euro machten 59 Prozent unseres Spendenvolumens aus. Viele Spender:innen und Fördermitglieder unterstützten uns mit Spenden von mehr als 200 Euro, insgesamt 78 Spender:innen und Fördermitglieder sogar mit Beträgen von 1.000 Euro und mehr.

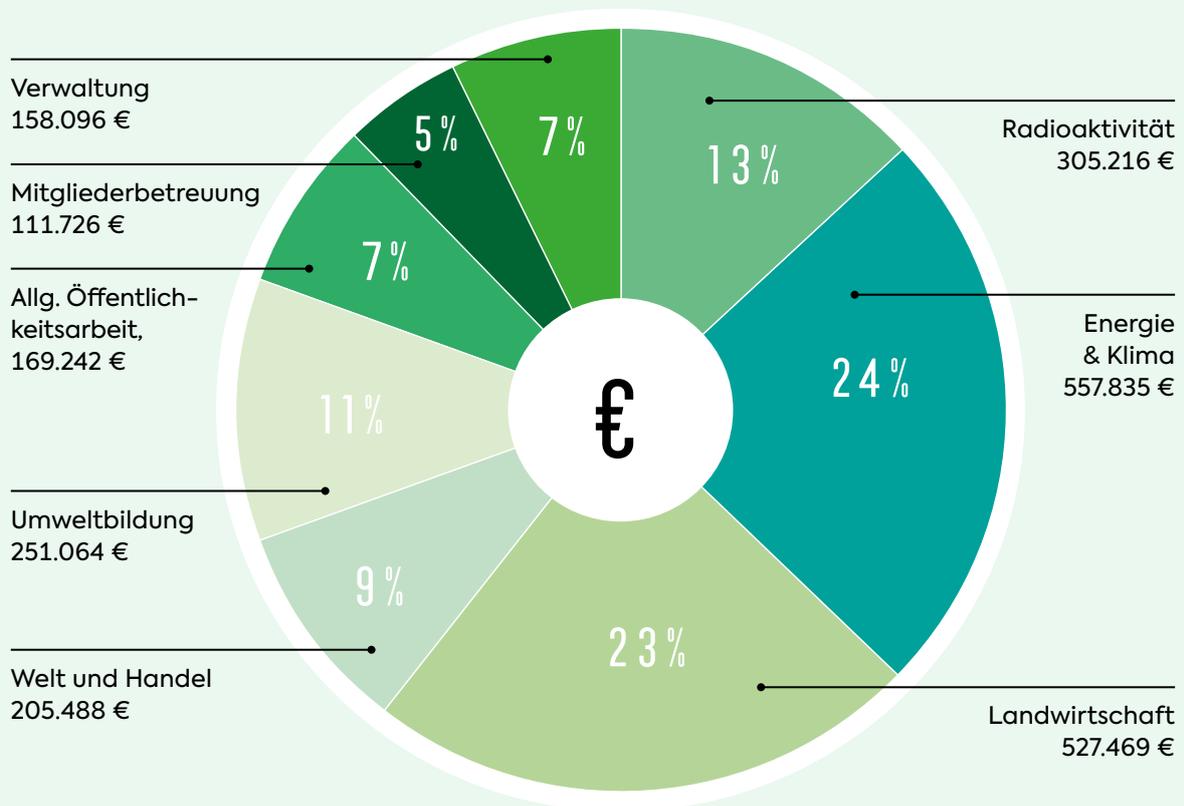
Jahr	Fördermitglieder
2017	7.419
2018	8.344
2019	9.154
2020	11.270
2021	12.098
2022	12.116

Spenden- und Beitragssummen



AUSGABEN

Gesamtausgaben
2.286.134 €



BILANZ

Aktiva	
Anlagevermögen	
Immaterielle Vermögensgegenstände	96.036,59 €
Sachanlagen	158.669,00 €
Summe Anlagevermögen	254.705,59 €
Umlaufvermögen	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	115.378,00 €
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.842.954,67 €
Summe Umlaufvermögen	1.958.332,67 €
Rechnungsabgrenzung	919,68 €
Summe Aktiva	2.213.957,94 €
Passiva	
Eigenkapital	2.026.478,14 €
Rückstellungen	64.600,00 €
Verbindlichkeiten	114.343,80 €
Rechnungsabgrenzung	8.536,00 €
Summe Passiva	2.213.957,94 €

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Als eingetragener Verein sind wir der Erfüllung unserer satzungsgemäßen Ziele verpflichtet und nicht bestrebt, Gewinne zu erzielen. Die uns zugeflossenen Spenden sind satzungsgemäß und zeitnah auszugeben. Das bedeutet, dass es einen Gewinn oder Verlust – wie bei unternehmerisch tätigen Organisationen – in einem gemeinnützigen Verein nicht gibt. Ein Überschuss von Einnahmen gegenüber Ausgaben im Geschäftsjahr wird zur Verwendung im nächsten Jahr vorgetragen. Eine Unterdeckung hingegen bedeutet, dass mehr Förder- und Spendengelder in diesem Geschäftsjahr ausgegeben wurden als im gleichen Jahr zugegangen sind. Die Ausgaben wurden also durch Einnahmen aus vorherigen Jahren finanziert. Langfristig gebundene Spendenmittel sind in der Bilanz als Anlagevermögen aufgeführt. Sie stehen nicht unmittelbar als Mittel bereit. Andere noch nicht verwendete Spendenmittel stellen eine kontinuierliche Arbeit auch im Falle von Einnahmeschwankungen sicher. Sie ermöglichen es uns, auf Unvorhergesehenes reagieren zu können, eventuelle Risiken abzudecken und soweit notwendig für unseren Vereinszweck Investitionen zu tätigen.

Gewinn- und Verlustrechnung	
Einnahmen/Erlöse	2.512.178,76 €
Aufwendungen	
Fremdleistungen/ Direkte Projektkosten	-171.859,04 €
Personalaufwand	-1.556.909,03 €
Abschreibungen	-43.273,67 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-514.092,44 €
Summe Aufwendungen	-2.286.134,18 €
Ergebnisvortrag Vorjahr	364.413,29 €
Entnahme aus den Rücklagen	92.600,00 €
Einstellung in Rücklagen	-244.307,95 €
Bilanzergebnis	438.749,92 €

GEHALTSSTRUKTUR

Das Umweltinstitut München orientiert sich bei der Entlohnung am Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) Bund. Anpassungen aufgrund der Betriebszugehörigkeit und jährliche Tarifsteigerungen werden in aller Regel nachvollzogen. Im Haustarif gibt es folgende Gehaltsstufen:

Stud. Mitarbeiter:innen, Trainees	Entgeltgr. 10
Organisation, Verwaltung	Entgeltgr. 11, 12
Referent:innen, Technik	Entgeltgr. 12
Geschäftsführung	Entgeltgr. 13

Für ein besonders hohes Maß an Einsatz, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsübernahme kann eine Verantwortungszulage von bis zu 200 Euro monatlich gezahlt werden. Darüber hinaus zahlt das Umweltinstitut eine arbeitszeitunabhängige Familienzulage in Höhe von 200 Euro pro Monat für das erste Kind sowie eine arbeitszeitanteilige Kinderzulage ab dem zweiten Kind. Betriebliche Altersvorsorge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, 30 Tage Jahresurlaub sind betriebsüblich. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu ermöglichen, arbeiten mehr als 50 Prozent der Mitarbeiter:innen in Teilzeit.

BLEIBEN SIE MIT UNS IN KONTAKT!



**SPENDEN ODER BEITRÄGE
DES UMWELTINSTITUTS SIND
STEUERLICH ABSETZBAR.**

Umweltinstitut München e.V.
Goethestraße 20
80336 München
Telefon 0 89 – 30 77 49 - 0
Fax 0 89 – 30 77 49 - 20
info@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Spendenkonto
Bank: BfS
KTO: 88 311 03
BLZ: 370 205 00
IBAN: DE65 3702 0500 0008 8311 03
BIC: BFSWDE33XXX



umweltinstitut.org/newsletter
E-Mail-Newsletter



facebook.com/umweltinstitut.org
@umweltinstitut.org



twitter.com/UmweltinstitutM
@UmweltinstitutM



instagram.com/umweltinstitut
@umweltinstitut

IMPRESSUM



Umweltinstitut München e.V.
Goethestraße 20
80336 München
Tel.: (089) 30 77 49-0
Fax: (089) 30 77 49-20
E-Mail: info@umweltinstitut.org
www.umweltinstitut.org

Herausgeber: Umweltinstitut München e.V.
Verantwortlich: Kerstin Viellehner
Gestaltung und Illustrationen: Rebecca Leiner
Stand: 10.07.2023

Bildnachweise:

S. 5: Jörg Farys, Umweltinstitut München e.V., Armin Thalhammer, Jörg Farys / S. 7: Andreas Conradt, Rebecca Leiner
S. 8: Eileen Kumpf [adobestock.com](https://www.adobestock.com), Umweltinstitut München e.V. / S. 12: Jörg Farys, Clara Hüsch /
S. 13: Mike Mareen [adobestock.com](https://www.adobestock.com) / S. 14: Jörg Farys, Illustration Pierre Maïte / S. 15: Jörg Farys / S. 16: Jörg Farys 7 /
S. 17: Bild 1: Umweltinstitut München e.V., Bild 2, 3, 5, 7, 8: Villagio Photography, Bild 4, 6: Lukas Schulz 7 S. 20: Erster Tag:
Jörg Farys, zweiter Tag: Umweltinstitut München e.V., dritter und vierter Tag: Villagio Photography, fünfter Tag: Oliver Oppitz,
Freispruch: Jörg Farys / S. 22: Serhii und Photoagriculture, [adobestock.com](https://www.adobestock.com) / S. 23: Maximilian Kamps, Peter Winandy,
Prof. Dr. Ralf Schulz, Prof. Dr. Schäfer / S. 24: Lode Sadaine, Portrait: Europäische Union / S. 26: Daniel Grünfeld, Melber,
Lukas Barth / S. 28: Ingo Doerrie, [unsplash](https://www.unsplash.com) / S. 29: Bild 1 und 4: Christof Stache, Bild 2 und 3: Umweltinstitut München e.V. /
S. 31: Thomas Cytrynowicz / S. 33: Bild 1, 2 und 3: Jörg Farys, Bild 3 und 4: Thibault Flament / S. 35: Clara Hüsch /
S. 37: Bild 1 und 3: Jörg Farys, Lode Sadaine, Thibault Flament, Illustrationen: Rebecca Leiner / S. 45: Jörg Farys